

Brüssel, 14. Juli 2005

Pressemitteilung 37 - 2005

### **"Penner oder nicht", das ist nicht die Frage**

Am Rande des EU-Finanzministertreffens am vergangenen Dienstag ließ Währungskommissar Joaquín Almunia mit der Bemerkung aufhorchen, er werde eventuell im September für eine Wiederaufnahme des Strafverfahrens gegen Berlin stimmen. Deutschland müsse sich dann auf strenge Haushaltsauflagen und vielleicht auf die Zahlung einer Strafe in Milliardenhöhe gefasst machen.

"Seit 2002 verletzt Deutschland die im Stabilitäts- und Währungspakt vereinbarten Kriterien, was die jährliche Neuverschuldung betrifft. Eine kürzlich veröffentlichte Bertelsmann-Studie zeigt es: Wenn ungebremst weiterhin Schulden gemacht werden, kann Deutschland im Jahre 2030 Konkurs anmelden. Ein jährliches strukturelles Defizit von 100 Milliarden Euro ist für die junge Generation unzumutbar. Dies wird durch die Zahlen 3,7 % in diesem und 3,4 % Defizit im nächsten Jahr nur unzureichend wiedergegeben. Es ist unverantwortlich, wie die rot-grüne Regierung seit Jahren mit der Zukunft der jungen Generation spielt", so der Europaabgeordnete Andreas Schwab. "Nicht nur häuft Eichel seit Jahren einen Schuldenberg an, jetzt versucht er auch noch, seine verfehlte Haushaltspolitik der Opposition in die Schuhe zu schieben. Der Gipfel ist aber die Bemerkung Kanzler Schröders, die Penner seien in der Opposition zu suchen. Den Wählerinnen und Wählern ist jedoch genau bewusst, wem sie die aktuelle haushaltspolitische Lage zu verdanken haben. Diese unqualifizierten Bemerkungen gegenüber der Opposition sind also völlig kontraproduktiv."

Die vorgenommenen Änderungen beim Stabilitäts- und Wachstumspakt geben dem Währungskommissar mehr Ermessensspielraum bei der Verhängung von Sanktionen im Falle eines wiederholten Budgetdefizits. "Währungskommissar Almunia muss zum Schluss

gelingen, dass die rot-grüne Regierung nicht entschlossen genug gegen die Lücken im Haushalt vorgegangen ist und dass deshalb politischer Druck aus Brüssel sinnvoll ist", so Schwab. Der neue Stabilitätspakt erlaubt es, mildernde Umstände wie außergewöhnliche Ereignisse oder teure Reformen geltend zu machen. "Deshalb ist es gut, dass Almunia deutlich machte, er werde empfehlen, die Gangart gegenüber Berlin zu verschärfen. Die rot-grüne Regierung kann für den Haushaltsansatz 2006 weder außergewöhnliche Ereignisse noch teure Reformen als Entschuldigung vorweisen," so Schwab abschließend, "das einzige, was sie vorzuweisen hat, sind unqualifizierten Bemerkungen, die darüber hinwegtäuschen sollen, dass Rot-Grün seit 1998 'gepennt' hat."